

# Bern

## Die Vorschrift, die Bern veränderte

**Polizeistunde** Mit den Covid-Massnahmen ist die Polizeistunde wieder aktuell und in der Kritik. Der Widerstand gegen die strikten Regeln der 1980er-Jahre prägt die Berner Kulturszene bis heute.

Calum MacKenzie

Kurz nachdem der DJ endlich ein gutes Lied gespielt hat, ist die Nacht schon vorbei. Punkt Mitternacht strömen Hunderte Menschen gleichzeitig auf die Strasse. Die meisten bleiben noch eine Weile stehen, verstimmt und betrunken, aber nicht betrunken genug.

So sieht derzeit der Ausgang aus: Die Covid-Verordnung erlaubt die Öffnung der Bars und Clubs, aber um 24 Uhr ist Schluss. Was heute als zwar notwendig, aber beispiellos restriktiv erscheint, war vor nicht allzu langer Zeit die Norm: Bis 1994 war im Kanton Bern die Polizeistunde sogar noch strikter festgelegt, als sie es im momentanen Ausnahmezustand ist.

In den frühen 90ern erfolgte der Rausschmiss schon um 23.30 Uhr, nur wenige Lokale hatten eine schwer erhältliche Überzeitbewilligung. Das Angebot war also nach halb zwölf dürftig, erinnert sich Christian Pauli. «Lichter löschen, Läden runter, dann war die Stadt fertig», sagt der ehemalige Präsident des Dachverbands Berner Kulturveranstalter, der in den 80ern seine ersten Schritte ins limitierte Berner Nachtleben machte.

Die Alternative bildeten vereinzelte anrühige Hotelbars und «Dancings». Als Reaktion formierte sich eine Bewegung von Untergrund-Partys, die die Bundesstadt nachhaltig verändern sollte.

### Gefährliche Gasthäuser

Die Polizeistunde – auch Sperrstunde genannt – gehe mindestens bis ins Spätmittelalter zurück, sagt Beat Kümin. Der Berner Historiker ist auf die Geschichte der Wirtshäuser spezialisiert und lehrt an der englischen Universität Warwick. «Man wollte über Orte Kontrolle ausüben, die als gefährlich und subversiv galten», sagt er. Die Gewalt, der aussereheliche Sex und der exzessive Alkoholkonsum, die zu den Gasthäusern gehörten, verstiesse gegen kirchliche Moralvorstellungen. «Während der Reformation sah man Beizen als Gegenpol zur Kirche.»



Für heute ist fertig: Die Berner Stadtpolizei setzt 1987 die Polizeistunde durch. Foto: Peter de Jong

**«Illegales Trinken hat auch etwas Anarchisches. Es ist eine Auflehnung gegen die Obrigkeit.»**

Beat Kümin  
Historiker

Im Alten Bern war die letzte Runde lange an das Tageslicht gebunden: «Im Winter mussten die Beizen um acht Uhr schliessen, im Sommer um neun», sagt Kümin. Genauso alt wie die Polizeistunde ist allerdings auch deren Missachtung. «In Berner Gerichtsakten aus dem 16. Jahrhundert sieht man immer wieder, dass Leute «überhöckelt» sind.» Während der Industrialisierung sei man stark an effizienten Arbeitskräften interessiert gewesen, so Kümin. Zeitlich unbegrenzte Gelage passten da nicht ins Konzept. Periodisch forderte die Sittlichkeitsbewegung eine stärkere Regulierung der Beizen.

In den letzten Jahrzehnten habe sich der Widerstand gegen die Sperrstunde intensiviert, so Kümin. Man verwies auf das starke Saufen, um bis zum Ende der

Frist möglichst hackedicht zu sein; oder Massenschlägereien zur Schliessungszeit, wenn alle Nachtschwärmer gleichzeitig auf die Strasse gestellt wurden. Zudem wurde die persönliche Freiheit hochgehalten. «Bei der Missachtung der Polizeistunde ging es immer um Selbstbestimmung», sagt Beat Kümin. «Illegales Trinken hat auch etwas Anarchisches. Es ist eine Auflehnung gegen die Obrigkeit.»

### Politische Partys

Das war auch im Bern der 1980er die Devise. Die Polizeistunde wurde nicht einfach hingenommen: Stattdessen besuchten Eingeweihte illegale Bars. In den Guerilla-Kneipen, anfänglich als «Strafbars» bekannt, konnte man einerseits länger feiern, wie Christian Pauli sagt. «Anderer-

seits wollte man etwas selber machen, die Bedeutung eines Orts selber bestimmen, denn die legalen Beizen waren fast kartellartig monopolisiert.»

Die Orte mussten gezielt gewählt werden: Auf Waldlichtungen, unter Brücken und in verrauchten Kellern wurde ausgeschweif. Die von Polizeikontrollen bedingte Not machte man zur Tugend: «Dass die Schauplätze dunkel und klandestin waren, gehörte zum Style», so Pauli. Er erinnert sich an eine Bar in einem alten Käselager am Klösterlistutz, die nur über ein Senkloch zu erreichen war.

Die Nächte in den illegalen Bars der 80er und 90er waren identitätsstiftend. Die Bewegung um Zaffaraya und Reitschule stärkte die Barszene, die Barszene stärkte die Reitschu-

le. «Der Gastro- und Kulturbereich der Stadt wurde von diesem Bar-Phänomen sehr stimuliert», sagt Pauli. Die illegalen Kneipen hätten darum auch eine «sehr politische Dimension» angenommen.

### Anarchische Bars

Dieser alkoholisierte Aktivismus dürfte die Politik zur Liberalisierung mitbewogen haben. Schon vor der Lockerung von 1994 sei die Eröffnung des Wasserwerk-Clubs in der Berner Matte auf behördlichen «Goodwill» gestossen, sagt Mitgründer Leonhard Sitter. «Sie merkten, dass es eine Nachfrage gab, und begrüsst, dass es jemand offiziell angehen wollte.»

1994 wurde die Polizeistunde bis 0.30 Uhr erweitert und die Bewilligung von Überzeit vereinfacht. Letztere Reform ermöglicht das heute rege Berner Nachtleben: Bis jetzt gilt die Sperrstunde um halb eins. Doch länger öffnen dürfen aktuell über 100 Berner Beizen; 1996 waren es noch 51, die ihre Rechte nur sporadisch wahrnahmen.

Nun leben die Probleme der 80er wieder auf: Die Corona-Sperrstunde wird von verschiedenen Seiten bemängelt. Auch vom Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP): «Dass um Mitternacht Hunderte die Aarbergergasse füllen, ist aus epidemiologischer Sicht nicht sinnvoll.» Er hofft, dass der Bundesrat nun an seiner Sitzung eine Lockerung beschliesst, und schlägt gestaffelte Schliessungen vor. Zudem wünscht sich Nause Reformen über die Pandemie hinaus: «Es wäre besser, wenn die Städte ihr Nachtleben in Eigenregie gestalten könnten.» Die Polizeistunde ganz abzuschaffen, hat der Grosse Rat bisher jedoch abgelehnt.

Auch wenn ein Gemeinderat sie kritisiert: Solange sie existiert, bleibt der Widerstand gegen die Polizeistunde auch gegen die Obrigkeit gerichtet. «Auf der Brücke bei der Reitschule steht «Uns gehört die Nacht», sagt Christian Pauli. «Das wird immer ein zentrales Motiv von Jugendrevolten sein.»

## Neue Schulden verlieren für Bürgerliche den Schrecken

**Finanzkrise** Im Zuge der Corona-Krise sind Grünliberale und FDP im Berner Stadtrat bereit, von bisherigen Überzeugungen abzulassen.

Die Corona-Krise bringt die finanzpolitischen Fronten im Berner Stadtrat in Bewegung. Dies angesichts der kniffligen Aufgabe, die bis 2028 geplanten Investitionen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken trotz drohender Defizite finanzieren zu können.

In Bewegung geraten sind die Fronten vor allem bei GLP und FDP. Bis vor der Krise lehnten alle Parteien rechts von Rot-Grün eine Erhöhung der vorgesehenen Neuverschuldung von 30 Millionen Franken ab. «Die Tendenz, Investitionen ganz oder teilweise durch neue Schulden zu finanzieren, ist nicht mehr zeitgemäss», hält Peter Ammann (GLP) in einer dringlichen Motion fest, mit der er einen Verzicht auf eine weitere Zunahme der Verschuldung verlangt. Diese hat er Mitte Februar

eingereicht – unmittelbar vor der Corona-Krise. Nun zog Ammann diese Forderung wieder zurück: «Schulden sind nicht des Teufels», sagte er am Donnerstag vor dem in der Sporthalle Wankdorf tagenden Stadtrat. Ein Budget ohne Neuverschuldung sei in der aktuellen Lage «für ein oder zwei Jahre undenkbar». Die Investitionen sollten weiter getätigt werden können, auch um die Wirtschaft anzukurbeln.

### Appell an von Graffenried

Bei den mittelfristigen Investitionen im Umfang von 1,5 Milliarden Franken brauche es aber eine Priorisierung. «Man kann jedes Infrastrukturprojekt um fünf bis zehn Prozent günstiger umsetzen.» Damit erziele man einen wesentlich höheren Spareffekt als

mit Einsparungen bei Büromöbeln, sagte Ammann unter Anspielung auf einzelne Posten im Sparpaket des Gemeinderates im Budget 2021. Ammann sieht dabei vor allem Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) in der Pflicht und appellierte an ihn, die Verantwortung nicht einfach an den Finanzdirektor abzuschieben. «Man ist nicht nur Schönwetterstapi», sagte Ammann.

Einigermassen überraschend erhielt Ammann dabei Support von der FDP. Sprecherin Vivianne Esseiva hält eine zusätzliche Neuverschuldung über die vorgesehenen 30 Millionen Franken im Budget 2021 hinaus für vertretbar. Voraussetzung dafür sei allerdings ein «klares Commitment bei der Ausgabenkürzung», wie Esseiva auf Nachfrage erläuterte.

So dürften die rot-grünen Parteien das 23-Millionen-Franken-Sparpaket des Gemeinderates in der Budgetdebatte nicht verwässern. Und der Gemeinderat müsse ab 2022 einen Plan zur Reduktion von Schulden und Ausgaben vorlegen, sagt Esseiva.

### SP will nicht sparen

Unbeeindruckt von den bürgerlichen Lockerungsübungen in Sachen Verschuldung zeigten sich GB und SP. GB-Sprecherin Regula Bühlmann machte deutlich, dass sie neben einer zusätzlichen Neuverschuldung auch eine Steuererhöhung in Kauf nehmen würde. Und SP-Sprecher Johannes Wartenweiler zeigte sich fast ein bisschen enttäuscht darüber, dass er den ursprünglich geforderten Stopp bei der

Neuverschuldung nicht argumentativ zerzausen konnte. Grundsätzlich war er jedoch erfreut, dass sich die Grünliberalen angesichts der Krise eines Besseren hätten belehren lassen. Eine Priorisierung der Investitionen und Ausgabenkürzungen aus der laufenden Rechnung lehnte Wartenweiler zwar nicht grundsätzlich ab, doch dürfe man sich von der GLP nicht die Finanzpolitik diktieren lassen.

### Abfuhr für GB und SP

SP-Finanzdirektor Michael Aebersold hat für den Gemeinderat bereits weitere Sparpakete und eine strategische Überprüfung der Ausgaben ab 2022 angekündigt. Der Gemeinderat habe angesichts der einbrechenden Steuererträge mit einem Mass-

nahmenpaket fürs Budget 2021 reagieren müssen, sagte Aebersold. Und er sei angesichts der Unwägbarkeiten der Corona-Krise zu einer strategischen Ausgabenüberprüfung ab 2022 bereit.

Dabei gehe es nicht um die Velobrücke oder die Museumsinsel, die zum Teil als Nice to have zur Disposition gestellt wurden. Diese Projekte gehörten gar nicht zur Investitionsplanung. Es gehe um Schulhäuser und um Schwimmbäder. Die Mehrheit im Stadtrat stellte sich hinter Aebersold und hiess die vorgesehene Priorisierung der Investitionen und die Überprüfung der Ausgaben mit 37 zu 32 Stimmen gut. GB und SP blieben für einmal in der Minderheit.

Bernhard Ott